

II-2624 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1364/J

1991-07-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Bundesamtsgebäude Ried/Innkreis

In der Stadt Ried/Innkreis in Oberösterreich soll ein Bundesamtsgebäude entstehen, um die drückende Raumnot im Kreisgericht, Finanzamt, Vermessungsamt und beim Gendarmeriepostenkommando zu beseitigen. Hiefür hat der Bund zwei Liegenschaften in der Schwimmbadstraße von der Firma Dürlinger und einer Erbgemeinschaft zum Preis von S 1.000,--/m² erworben. Beide Parzellen müssen noch zu einem Bauplatz vereinigt werden. Eine Bauplatzerklärung liegt laut Auskunft des Stadtbaudirektors noch nicht vor. Die Planungskosten für die Detailplanung sind seit 2 Jahren im Budget. Südlich angrenzend an das Kreisgericht samt Gefangenenhaus befindet sich das Areal der Firma Eurol. Die Firma Fettwerke Mayer produzieren auf diesem Gelände seit Jahrzehnten Mineralölprodukte. Die Anrainer leiden unter den Emissionen des Betriebes und leisten gegen jedes neue Projekt Widerstand. So wurde der Plan künftig nur mehr analysiertes Altöl zu Heizzwecken zu verfahren nach einer hitzigen Gewerberechtsverhandlung seitens der Firma fallen gelassen. Im Sinne einer zukunftsweisenden Raumordnung wäre es daher wünschenswert, den expandierenden aber problematischen Produktionsbetrieb aus dem Stadtzentrum und Wohngebiet in ein Industrie- und Betriebsbaugebiet zu verlagern, bevor weitere Investitionen am jetzigen Standort getätigt werden. Das jetzige Firmengelände eignet sich bestens für den Standort des Bundesamtsgebäudes.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. Welche Priorität genießt der Bau des Bundesamtsgebäudes in Ried/Innkreis?
2. Wann soll die Detailplanung für das neue Bundesamtsgebäude freigegeben werden?
3. Wie hoch sind die Baukosten veranschlagt?

4. Besteht ein Interesse des Bundes im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Ried/Innkreis mit dem Firmenkonglomerat Fettwerke Mayer Ablöseverhandlungen über das Areal zu führen, die Machbarkeit der Auslagerung zu untersuchen und bei positiver Beurteilung das neue Bundesamtsgebäude in Nachbarschaft des Gerichtes als Teil eines kompakten Verwaltungsbezirkes zu errichten?